

Die Unsicherheit der Gewerkschaften, auch der progressivsten, diesem „neuen“ Kurs gegenüber, ist Anlaß zu ernster Kritik. Die Gewerkschaften müssen erkennen, daß die ihnen angetragene Aufgabe sie zu Hilfskräften für die Bonns Politik bestimmende Großindustrie und deren von Sozialabbau gekennzeichnete, unverändert abenteuerliche Expansionspolitik degradieren soll; daß sie angesichts der lange allein von ihnen geforderten planvollen Wirtschaftspolitik Bonns nun nicht umhin können, ihrerseits die Inhalte einer Planung für die Arbeitenden, aus kritischer Analyse begründet, vorzubringen.

Dem gewerkschaftlichen Tageskampf, auf dessen kanalisierte, in „Lohnleitlinien“ gezwungene Form die Herrschenden heute die Funktion des „Ordnungsfaktors“ Gewerkschaften einengen möchten, gilt es die gesellschaftspolitische Strategie zur Seite zu stellen, welche allein die demokratische Alternative der Arbeitenden für Wirtschaft und Staat realisierbar macht. Es ist die Strategie gefordert für den langwierigen und gefährlichen Kampf gegen die Allmacht der Monopole und ihres Staates. Allein dieser Kampf, nicht die Beschränkung auf höflichen Informationsaustausch, wo es um harte Interessenkonflikte geht, kann auch die Kernfrage aller gewerkschaftlichen Automationskonferenzen in sozialem Sinne beantworten: Wer soll die Risiken der technischen Revolution tragen? Wer soll ihre Früchte genießen?

Peter Schütt

Entwicklung der demokratischen Bewegung an der Universität Hamburg im Wintersemester 1967/68

I

Unberührt von Zwischenrufen, Sprechchören und der rhythmisch intonierten Forderung nach „Hochschulreform“ verlas der neue Hamburger Rektor, der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Werner Ehrlicher, während der Feier zur Eröffnung seines Amtsjahres am 9. November 1967 seinen Antrittsvortrag „Zur wirtschaftlichen Rezession in der Bundesrepublik in den Jahren 1966/67“. Nach einer einleitenden Berufung auf das überparteiliche Amt des Wissenschaftlers bekamen die Studenten eine Lobrede auf das Wirtschafts- und Sozialprogramm der Großen Koalition zu hören, wie sie Ehrlichers Amtsvorgänger, der jetzige Bundesminister Schiller, nicht besser hätte halten können. Die aufgebrachten studentischen Zuhörer antworteten prompt mit Slogans, die vierzehn Tage vorher auf der Bergarbeiterdemonstration von Dortmund-Huckarde geprägt worden waren: „Strauß und Schiller — Zechenkiller“ oder „Aktionäre an die Wand —

Betriebe in des Volkes Hand". Der Rektor nahm am folgenden Tag Zwischenrufe dieser Art zum Anlaß für die Erklärung, „linksradikale Störtrupps“ seien von außerhalb angereist, um in der Universität „Krawall und Terror“ zu inszenieren. Daß er selbst mit einer unkritischen Berufung auf die gegenwärtige Finanznot des Staates die Versäumnisse in der Bildungs- und Hochschulpolitik entschuldigt und durch seine ungeprüfte Übernahme Bonner Verlautbarungen einen Teil der bewußten Studenten selbst provoziert haben könnte, kam ihm nicht in den Sinn. Im Gegenteil, er glaubte sich schon durch die Behandlung eines aktuellen Themas als fortschrittlich genug ausgewiesen zu haben.¹⁾

Nach seinem Vortrag verließ der Rektor, gefolgt von seinem Lehrkörper, abrupt das Auditorium Maximum, ohne sich der von den Studenten auf Flugblättern und in Sprechhören geforderten Diskussion zu stellen. Der AStA-Vorsitzende Björn Pätzold hatte in seiner knappen Begrüßungsrede eine Fülle von konkreten Mißständen an der Hamburger Universität aufgezeigt, die Stoff genug zu einer Aussprache geboten hätten: der rigoros gehandhabte Numerus clausus, der im Fach Pharmazie 97 Prozent der Studienbewerber ausschließt; die übertriebenen Anforderungen bei den Zwischenprüfungen, bei denen in der Germanistik jeder zweite Teilnehmer durchfällt; die hohen Durchfallquoten, bis zu 57 Prozent, bei den Diplomprüfungen für Volkswirte; die gänzliche Vernachlässigung der politischen Bildung am Pädagogischen Institut; zahlreiche nichtbesetzte Lehrstühle; mangelhaft ausgerüstete Bibliotheken oder die Unduldsamkeit mancher Dozenten gegenüber abweichenden Thesen.²⁾

Statt zu der beantragten Diskussion kam es zu Beschimpfungen. Der Theologe Helmut Thielicke machte „postpubertäre Schübe“ für das „ungezogene Verhalten von AStA-Vorstand und Studentenschaft“ verantwortlich, und der Direktor des Orientalischen Seminars, Prof. Berthold Spuler, verstieg sich zu der Äußerung „Ihr gehört alle ins KZ!“ Er wurde auf Drängen der Studenten und der Öffentlichkeit schließlich trotz der „Ehrenerklärungen“ seiner Kollegen beurlaubt, um im Februar 1968 seine Lehrtätigkeit erneut aufzunehmen, nachdem sich, einer Erklärung der Hamburger Schulbehörde zufolge, „zahlreiche Schüler“ für seine Rückkehr ausgesprochen hatten. Wie sich später herausstellte, hatten sich ganze vierzehn Unterschriften für einen entsprechenden Antrag gefunden.

Spuler blieb nicht der einzige Dozent der „Braunen Universität Hamburg“, der während des Wintersemesters von sich reden machte. Der Leiter des Pädagogischen Instituts, Prof. Hans Wenke, der vor drei Jahren durch massive Proteste aus der Öffentlichkeit gezwungen worden war, von seinem Ehrenamt als Bochumer Gründungsrektor zurückzutreten, war in einer Vorlesungskritik in der Novembernummer des Hamburger „auditoriums“ als „alternder Ideologe des pädagogischen Hitlerismus“ mehr glossiert als analysiert worden³⁾; er hatte daraufhin nichts Eiligeres zu tun, als seine studentischen Kritiker von der Teilnahme an seinen Vorlesungen und Übungen auszuschließen. Eine Begründung lehnte er ab, ebenso wie eine Debatte über sein Vorgehen und eine Stellungnahme zu den Vorwürfen wegen seiner publizistischen Tätigkeit im „Dritten Reich“, die von zahlreichen Studenten und Hörern seines Kollegs verlangt wurde. Schließlich weigerte er sich, unterstützt von allen Professoren seiner Fakultät, zu lesen, solange die „Störungen“, d. h. die Bitten um Diskussion, anhielten, und ließ für sich durch seine Assistenten und ergebene Studenten, darunter Mitglieder des Nationaldemokratischen Hochschulbundes, eine Unterschriftensammlung durchführen. Mit

¹⁾ vgl. Ehrlicher-Interview in der „Frankfurter Rundschau“, 30. Januar 1968, S. 4.

²⁾ „Zur Feier des Rektorwechsels“, Hamburger AStA-Dokumente VIII/67.

³⁾ Reinhold Oberlercher, Wenke — oder die Unmöglichkeit einer Rezension, auditorium 50 (Nov. 1967), S. 11.

Prof. Hofstätter zu einem Teach-in über die „Braune Universität Hamburg“ umzufunktionieren. Hofstätter, Leiter des Psychologischen Instituts Hamburg, zählte im „Dritten Reich“ zu den wenigen im Land verbliebenen Vertretern seiner von den Nazis als „jüdische Afterwissenschaft“ verdächtigten Disziplin und sicherte sich seine führende Stellung durch programmatische Äußerungen wie die, daß „die Seelsorge“ — gemeint ist die Psychologie — „oberstes Recht des Führers“ sei, und durch seine Berater- und Gutachtertätigkeit als NS-Heerespsychologe. 1963 hatte er in Vorträgen, in einem „Zeit“-Artikel und einem „Spiegel“-Interview seine Ansicht bekräftigt, daß Hitler den Juden den Krieg erklärt habe und daß die Judenmorde darum eigentlich Kriegshandlungen gewesen seien, und mit dieser Begründung nach dem Eichmann-Prozeß eine Generalamnestie für alle NS-Verbrecher gefordert. Daraufhin wurde von zahlreichen jüdischen, christlichen und demokratischen Organisationen und Presseorganen sein Rücktritt als Hochschullehrer gefordert. Lediglich die „Deutsche National- und Soldatenzeitung“ stellte sich schützend vor ihn und erhielt dafür von ihm ein in großer Aufmachung publiziertes Dankschreiben. Die Schützenhilfe von rechts genügt den Hamburger Behörden offenbar, sich nicht weiter in den Streit um Hofstätter „einzumischen“, sie verzichtete wie 1963 so auch nach den neuen Studentenprotesten im Februar 1968 auf „weitere Schritte“ und hielt es, auch nachdem verschiedene Hamburger Gruppen neues Dokumentationsmaterial zum Fall vorgelegt hatten⁹⁾, für unnötig, irgendwelche Konsequenzen aus den Vorwürfen zu ziehen. Die Hamburger Kritische Universität, die für das Sommersemester weitere Aufklärungskampagnen zur „NS-Vergangenheit und -Gegenwart Hamburger Dozenten“ angekündigt hat, wird vorerst an Belegen keinen Mangel haben. Ein vorbereitetes „Weißbuch zur Professorenmoral“ verspricht Bände.

„Unter den Talaren — Muff von 1000 Jahren“: diesen Spruch hatten schwarz auf weiß zwei Studenten dem Rektor und seinen Professoren bei ihrem feierlichen Einzug zur Rektoratsfeier vorangetragen. Nicht von ungefähr wurde das Spruchband in der Springerpresse in einer zensierten Fassung wiedergegeben; in „Welt“ und „Bild“ hieß es, um die Anspielung auf das „Tausendjährige Reich“ zu tilgen, „Muff von hundert Jahren“. Entsprechend wurde die Universität zwar als überaltet und verpöcht gekennzeichnet, aber keineswegs als autoritär und reaktionär im prägnant politischen Sinn. Auf derselben Ebene — Abbau mancher altmodischer Riten und Modernisierung der Hochschule als Anpassung an die Erfordernisse der industriellen Leistungsgesellschaft — waren sogar der Rektor und die Dekane bereit, mit den Studenten über ihre Vorstellungen zu diskutieren. An drei aufeinanderfolgenden Abenden stellten sich Vertreter der Professoren unter Leitung des Rektors einer Diskussion mit studentischen Delegierten. Solange das Gespräch auf allgemeine Themen beschränkt blieb, waren die Gegensätze kaum zu spüren. Je präziser und konkreter jedoch die Fragen der Studentensprecher nach wirksamen Schritten zur Hochschulreform, nach studentischer Beteiligung in den akademischen Entscheidungsgremien und nach Liberalisierung und öffentlicher Kontrolle des Prüfungswesens ausfielen, umso ausweichender kamen die Antworten der Ordinarien und Dekane. Als endlich ein Kommilitone seinen Eindruck wiedergab, er spreche nicht gegen eine harte Wand, sondern gegen eine Qualle, die immer dann ihre ausgebreiteten Arme zurückziehe, wenn man ihr allzu nahe komme, nahmen die professoralen Diskussionsteilnehmer diese und einige andere Bemerkungen zum Vorwand, die Diskussion abubrechen. Sie antworteten am nächsten Tag, als sich AStA und Diskussionsleiter nicht bereitfanden, sich für

⁹⁾ Arie Goral, Dokumentation I und II zum Fall Hofstätter, Hamburg 1963/68 — Erklärung zum Fall Hofstätter, hrsg. vom SDS-Landesverband Hamburg am 6. 2. 68.

die Äußerungen zu entschuldigen, mit dem Ausschluß der erst wenige Semester vorher zugelassenen zwei Studentenvertreter aus dem Akademischen Senat. Dieser Schritt des Rektorats bewog nur noch mehr Studenten, sich mit dem AStA-Vorstand zu solidarisieren, und brachte die beiden stärksten politischen Studentenverbände, SHB und SDS, zum Bündnis. Die erhoffte Isolierung der „Radikalen“ war abermals mißlungen; stattdessen entstand eine studentische Einheitsfront aller progressiven Hochschulgruppen gegen die Übergriffe der Universitätsbürokratie. Die ersten Vollversammlungen in der Geschichte der Hamburger Universität wurden zu machtvollen Demonstrationen für die Entschlossenheit immer größerer Teile der Studentenschaft, sich gegen die repressiven Maßnahmen der akademischen und staatlichen Obrigkeiten zur Wehr zu setzen und für die Demokratisierung der Hochschule wie der Gesellschaft zu kämpfen.

Die unerbittlich autoritäre Haltung von Rektor, Senat und Fakultäten zwang den AStA zunächst in die Defensive. Erst die vorwärtstreibende Kritik des SDS und die massive Unterstützung durch mehrere studentische Vollversammlungen ermöglichte dem Studentenausschuß ein härteres Auftreten. Er konnte seine Vorschläge zur demokratischen Umgestaltung der Hochschule wesentlich konkretisieren und wurde bald ermutigt und schließlich formell von Parlament und Vollversammlung beauftragt, die Forderung nach „Drittelparität“ in allen akademischen Instanzen bei allen Verhandlungen mit Vertretern des Staates und der Universität wirkungsvoll zu vertreten. Der Rektor gestand noch im November die Gründung von Reformgremien auf Seminar- und Institutsebene zu, die zu gleichen Teilen aus Studenten, Assistenten und Dozenten bestehen sollten, er lehnte allerdings die geforderte Entscheidungskompetenz für diese Kommissionen ab. Trotzdem wurden im Verlauf des Semesters, vor allem in der Philosophischen Fakultät, bei den Germanisten und Historikern, einige greifbare Ergebnisse erzielt: die Normen für die Zwischenprüfungen wurden vereinheitlicht und offengelegt, den Studenten wurde ein Mitspracherecht an der Festsetzung des Lehrplans zugestanden, die Fachschaften erhielten ein Vorschlagsrecht für Bibliotheksanschaffungen. Wo sichtbare Erfolge ausblieben, erzwangen die studentischen Mitglieder der Kommissionen wenigstens die Veröffentlichung der Verhandlungsprotokolle und gaben dadurch allen Seminarangehörigen die Möglichkeit, den starren Standpunkt der Professoren kritisch zu überprüfen.

Zu weiteren Zugeständnissen ließ sich der Rektor jedoch nicht bewegen; nur die beiden studentischen Vertreter wurden, nachdem mehrere politische Hochschulverbände ein Go-in zur nächsten Senatssitzung angekündigt hatten, bald wieder zugelassen. Als der AStA gegen das Verhalten von Prof. Wenke gegenüber seinen Kritikern protestierte und Widerspruch gegen den Hinauswurf des Studenten Oberlercher einlegte, hielt die Universitätsverwaltung abermals die Stunde für gekommen, um der angeblichen Radikalisierung der Studenten Einhalt zu gebieten; sie wurde in ihren Entscheidungen vom Hamburger Bürgermeister Weichmann, von Bürgerschaftsabgeordneten der CDU wie der SPD und besonders von der Springerpresse bestärkt. Obwohl die Vollversammlung der Studenten Oberlercher einlegte, hielt die Universitätsverwaltung abermals die das Rektorat ausgerechnet gegen den Wenke-Rezensenten ein Verfahren ein und bemühte sich mit allen Mitteln, aus dem Fall Wenke einen Fall Oberlercher zu machen. Ende Dezember erließ der Rektor schließlich eigenmächtig eine Verfügung, die nach Auffassung des AStA den Notstand für die Hamburger Universität erklärte. In einer Mitteilung „An alle Studenten“, die in allen Instituten ausgehängt wurde, verfügte Rektor Ehrlicher: „Die Universität kann Störungen des Lehrbetriebs, wie sie mehrfach vorgekommen sind, nicht hinnehmen. Sie wird

die
Der
Er i
lich
Auf
bruc
die
Sie
was

Unn
4. J
Rek
emp
den
„Na
ben
Ein
eine
Kol
sich
er n
end
Leh
Kon
eine

Im
wer
ver
an
Put
rer
sah
setz
Stu
bed
sprä
disk
der
den
sche
gen
seit
Als
Vor
Stu
Fäll
inn
übe
Stu

7) v9